

# Eine Welt-Politik in Bayern. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag

*Hans Jürgen Fahn*



Mein Antrieb in der Eine Welt-Politik: Gleichwertige Lebensverhältnisse

Zugegeben, wir hier in Bayern klagen häufig auf hohem Niveau. Im Prinzip leben wir in unserer Heimat sehr gut. Verglichen mit den Ländern der südlichen Hemisphäre geradezu paradiesisch. Wir haben nicht nur genug zum Essen und zum Trinken. Wir haben ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem, reichlich Arbeitsplätze und ein feinmaschiges soziales Sicherungsnetz. Wir schwelgen im Konsum und leisten uns leider mittlerweile auch, jedes achte Lebensmittel wegzuerwerfen.

Doch selbst in Bayern gibt es keine gleichwertigen Lebensverhältnisse. Ich gehöre auch zu der bayerischen Mehrheit, die in den ländlichen Räumen lebt und die um jeden Schulstandort, um jedes Amtsgericht, jedes Schwimmbad und jedes Megabit Internetgeschwindigkeit kämpfen muss. Wir FREIE WÄHLER trieben deshalb zuletzt erfolgreich die Änderung der

Bayerischen Verfassung voran, die heute das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse festschreibt. Die Enquetekommission zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ beschäftigte sich nunmehr bis heute mit der Frage, wie wir dieses Ziel auch erreichen können. Das sind eben unsere „First World Problems“, um die wir uns in unserer Heimat kümmern müssen.

Sie fragen sich jetzt sicher, was meine Vorrede mit der Eine-Welt-Politik zu tun hat: Unsere Herkunft ist prägend für unser Handeln auf diesem Feld. Seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag im Jahr 2008 entscheiden wir hier mit. Und wir sehen für uns hier denselben Auftrag wie in der Kommunalpolitik in den ländlichen Räumen, in denen wir stark sind: Der Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse für jeden.

Freilich ist das ein sehr ambitioniertes Ziel, ja eine geradezu sehnsüchtige Wunschvorstellung, für die mir manch einer Realitätsverlust vorwerfen mag. Sehen wir uns nur einmal das zunehmende Wohlstandsgefälle auf unserem Globus an und betrachten wir nur einmal die möglichen künftigen Folgen des Klimawandels in Gegenden wie der Sahel-Zone oder den immer noch nicht bewältigten Hunger in der Welt. Da wissen wir, dass weder meine Generation 60+ noch meine Enkelkinder eine Welt mit einigermaßen gleichwertigen Lebensverhältnissen erleben werden.

Doch klar muss uns sein, das Nichtstun und den Kopf in den Sand stecken kein Lösung ist. Wir haben deshalb zumindest den realpolitischen Anspruch, das kleine Zahnrad Bayern in die richtige Stellung zu bringen, um das Getriebe der globalen Eine Welt-Arbeit bestmöglich in Gang zu setzen.

### Zukunft der Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags

Rückblickend war es damals eine große Kraftanstrengung, sich mit allen Fraktionen auf gemeinsame Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit zu verständigen. Es wäre aber heute falsch, uns mit dem guten Kompromiss vom Februar 2016 zufrieden zu geben. Die Leitlinien müssen wir auch mit Leben füllen. Das heißt, wir erwarten auch von der Bayerischen Staatsregierung ein entsprechendes Engagement im Sinne unseres Auftrags. Uns und vor allem den Adressaten unserer bayerischen Entwicklungszusammenarbeit hilft das wohlklingende Gedruckte wenig, wenn keine Taten folgen. Für Ernüchterung sorgte vor diesem Hintergrund der aktuelle Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregie-

rung. Er ist nicht mehr als ein Konvolut an kurz beschriebenen Tätigkeiten. Sie sind nach Ressorts sortiert, unverknüpft aneinandergereiht und listen die Tätigkeiten in der Entwicklungspolitik auf. Keine Strategie und keine planerischen Überlegungen für eine effiziente und effektive Entwicklungszusammenarbeit sind hier erkennbar. Zugegeben: Der Bericht bezieht sich auf das Jahr 2015, als der Landtag die Leitlinien noch nicht verabschiedet hatte. Aber schon die angefügte Vorausschau für das Jahr 2016 lässt keine strukturellen Veränderungen aufgrund der Leitlinien erkennen.

Mein Hinweis in der damaligen Debatte, künftige Berichte und Projektlisten nicht mehr nach Ressorts aufzugliedern, sondern vielmehr nach Empfängerregionen zu strukturieren, nahm die Staatskanzlei immerhin auf. Damit ist aber ein Grundproblem noch nicht behoben: Die Art und Weise wie die einzelnen entwicklungspolitischen Aktivitäten zustande kommen. Es gibt keine zentrale Stelle in der Staatsregierung, die vorausschauend plant und eine entwicklungspolitische Agenda für einen gewissen Zeitraum erstellt.

Hierdurch ist jeder neue Bericht im Prinzip ein Zufallsprodukt und kein Ergebnis einer strategischen Steuerung. Überspitzt könnten wir sagen, die Staatsregierung weiß nicht was sie will. Denn welche Projekte mit anderen Regionen in den einzelnen Ressorts am Ende durchgeführt wurden, fragt die Staatskanzlei zur Fertigung des Berichts erst ex post ab. Die fehlende Steuerung führt schließlich zu teils skurrilen entwicklungspolitischen Initiativen. So wurde 2013 ein bayerischer Beamter nach China entsendet, um dort über die Ausbildung von Polizeidienststunden zu referieren. Im aktuellen Bericht erwähnt die Staatsregierung beispielsweise ihre Bemühungen, der ukrainischen Polizei unter die Arme zu greifen: Es ging dabei um die Ausbildung mit den Themenschwerpunkten „Verkehrsunfallaufnahme, Personenkontrollen und Häusliche Gewalt“. Mit Verlaub erwarte ich bei den knappen Geldern und den grenzenlosen Herausforderungen in der Entwicklungszusammenarbeit, dass bedeutsamere Themen auf der Agenda stehen. So sehr ich meine Fantasie bemühe, fällt es mir schwer, unsere Leitlinien auf solche Aktivitäten anzuwenden: Schließlich geht es um Ziele wie die Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit oder die Gewährleistung einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung.

Die Berichte für die entwicklungspolitischen Aktivitäten stehen noch für die Jahre 2016 und 2017 aus. Hier müssen wir selbstverständlich noch abwarten, inwieweit den Leitlinien erkennbar Rechnung getragen wird. Eine Revolution erwarte ich jedoch nicht. Deswegen müssen wir uns überlegen,

wie wir künftig eine sinnvolle Steuerung bei der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen. Eine politische Idee wäre beispielsweise, eine gemeinsame Geschäftsstelle einzurichten, wie wir sie etwa aus dem Bereich der Innovationspolitik des Bundes kennen: Im Fall der Elektromobilität überwinden beispielsweise vier Bundesministerien ihre gegenseitigen Koordinierungsschwierigkeiten, indem sie die „Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität“ (GGEMO) einrichteten. Hier wird seit 2010 die Ressortzusammenarbeit effizient gebündelt, was die Umsetzung gemeinsamer politischer Strategien vereinfacht. Übertragen auf die bayerische Entwicklungszusammenarbeit könnten wir durch eine solche Institution eine gegenseitige Abstimmung der Ressorts und eine strategische Bündelung der entwicklungspolitischen Aktivitäten überhaupt erst ermöglichen.

### Veröffentlichung der Förderkriterien

Ein hohes Maß an Transparenz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist meines Erachtens aus folgenden beiden Gründen von größter Bedeutung: Erstens darf bei diesem wichtigen Thema nicht der Eindruck entstehen, dass Steuergeld nach Gefälligkeit verteilt wird. Bleiben die Förderkriterien für Auslandsprojekte unter Verschluss, kann nur gemunkelt werden, weshalb welches Projekt gefördert wurde. In Zeiten von Fake News eine unnötige Angriffsfläche für diejenigen, die Entwicklungszusammenarbeit im Grundsatz diskreditieren wollen. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Diskussionen in der europäischen Außenhandelspolitik über TTIP und CETA. Fehlende Transparenz kann den politischen Entscheidern schnell auf die Füße fallen und breites öffentliches Misstrauen auf einem gesamten Politikfeld säen.

Zweitens sollte der Staat die Entwicklungszusammenarbeit doch im Gegenteil dazu nutzen, um seine Vorbildrolle herauszustellen. Mit einem Höchstmaß an Transparenz kann Regierungshandeln hier neue Legitimation erhalten. Das Offenlegen der Förderkriterien gehört selbstverständlich auch dazu. Ein solcher Vorgang wäre auch keine Revolution. Immerhin hat das hessische Wirtschaftsministerium beispielsweise schon 2010 zum ersten Mal die Förderkriterien für Projekte der In- und Auslandsarbeit auf das Betreiben des entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen hin veröffentlicht.

Aber auch für uns als Parlamentarier ist mehr Transparenz wünschenswert: Die einzige übersichtliche Informationsquelle über Auslandsprojekte stellen die vorgelegten Listen dar, die den Berichten über die entwicklungspo-

litischen Aktivitäten der Staatsregierung angefügt sind. Gelegentlich findet sich in den Berichten selbst noch eine Einlassung über die Entstehung und den Inhalt des einen oder anderen Projekts. Eine systematische Rechenschaftsablage der Staatsregierung, aus denen die Gründe für die Bewilligung hervorgehen, gibt es nicht.

Deswegen richtete sich beispielsweise eine meiner schriftlichen Anfragen aus dem Jahr 2017 gezielt auf ausgewählte Projekte zur Fluchtursachenbekämpfung in Ländern, aus denen eigentlich keine nennenswerten Fluchtbewegungen nach Europa zu verzeichnen sind. In diesem Zusammenhang stellte ich etwa die Frage, wie das Fach- und Führungskräfte-seminar in Mosambik im Jahr 2016 entstand. Eigentlich hatte ich als Antwort eine Auflistung erfüllter Kriterien erwartet, die das Projekt für die bayerische Entwicklungszusammenarbeit lohnenswert machten und im Entstehungsprozess eine Rolle spielten. Stattdessen verwies die fünfzeilige Antwort lediglich darauf, dass die dabei behandelten Schwerpunkte „Verpackung und Logistik“ ein wichtiges Thema in Mosambik seien und es in Bayern mit der FachPack eine bedeutende Messe gäbe. Vollkommen unzureichend und problematisch wäre es, sollten solche Kriterien genügen, damit ein Projekt einen Zuschlag erhält.

### Bisherige Bilanz des PromotorInnenprogramms

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion standen wir von Beginn an hinter der Idee eines PromotorInnenprogramms in Bayern. Ziehen wir heute Bilanz, so müssen wir meines Erachtens besonders eine Errungenschaft herausstreichen: Es kommt Bewegung in die bayerische Landschaft. Sieben PromotorInnen leisten in Teilzeit ein ungemeines Aufgabensumme in den sieben Regierungsbezirken. Durch sie wird der Eine Welt-Gedanke zuverlässig und konsequent in die Fläche getragen. Von Lehrerfortbildungen über die Präsenz auf Messen über die Werteerziehung in Kindertagesstätten: Diese Bildungsangebote gab es noch vor wenigen Jahren nicht. Der Mehrwert ist enorm. Um ihn nur an einem kleinen Beispiel aus meiner unterfränkischen Heimat festzumachen: Hier suchte die Stadt Eltmann im Landkreis Haßberge nach Wegen, sich in Richtung des fairen Handels zu bewegen. Dank des PromotorInnenprogramms gibt es nun auch ein entsprechendes Informationsangebot, das die Stadt abrufen konnte. Der Stadtrat informierte sich schließlich nicht nur über die Fairtrade-Town-Kampagne bei der für Unterfranken zuständigen Promotorin, sondern fasste schließlich auch den Beschluss, sich hier zu bewerben. Häufig sind es in

der Politik die kleinen Unterschiede, die ausschlaggebend für eine Entscheidung sind. Hier war es nur die Bereitstellung des notwendigen Wissens, um den Weg zu mehr Nachhaltigkeit einzuschlagen.

Gerade kleinere Kommunalverwaltungen sind mit ihrem Personalschlüssel häufig nicht in der Lage, die Vielzahl an politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erfassen und umzusetzen. Der Bau einer Schule ist Pflicht, die Teilnahme an der Fairtrade-Town-Kampagne eben nicht. Deswegen sind wir FREIE WÄHLER als kommunale Kraft auch offen gegenüber einem weiteren Ausbau des PromotorInnenprogramms. Schon für den Doppelhaushalt 2017/18 forderten wir eine Erhöhung des entsprechenden Ansatzes, um künftig sieben volle (statt sieben halbe) Stellen zu bekommen, die den Eine-Welt-Gedanken in die Breite tragen. Jeweils eine Stelle pro Regierungsbezirk ist sicher noch kein Luxus, aber eine sinnvolle Erweiterung. Die Regierungsmehrheit sah dies allerdings anders und lehnte unseren Antrag ab. Insgesamt freue ich mich, wenn immer mehr Kommunen und Landkreise das Fair Trade Siegel erhalten, denn auch beim Thema „Eine Welt“ ist es wichtig, dass Initiativen von unten nach oben entstehen. Natürlich muss auch der Bayerische Landtag mit gutem Beispiel vorangehen und in seiner Gaststätte Produkte aus Fairem Handel anbieten.

### Zukunft des fairen Handels in Bayern und Beratungsstelle für die öffentliche Vergabe

Die gute Nachricht ist, dass fairer Handel auf dem Vormarsch ist. Schauen wir auf die Entwicklung in ganz Deutschland, stellen wir einen Zuwachs von knapp 12 Millionen auf beinahe 14,5 Millionen Menschen zwischen 2013 und 2017 fest, die beim Einkauf darauf achten, dass die Produkte aus fairem Handel stammen. Mit Freude stelle ich auch in den letzten Jahren fest, dass die großen Einzelhandelsketten immer mehr Produkte mit entsprechenden Labels in ihr Sortiment aufnehmen. Eindrucksvoll nimmt der Gesamtumsatz des fairen Handels in den letzten Jahren zu: Belief er sich noch 2012 auf 650 Millionen Euro, waren es 2015 schon 1.139 Millionen Euro. Die schlechte Nachricht ist: Die Politik lässt in Bayern ihre Möglichkeiten weitgehend ungenutzt, diesen Trend zu verstärken. Die öffentliche Hand ist schließlich ein mächtiger Auftraggeber. Nur muss diese Nachfrage sinnvoll gebündelt und strukturiert werden. Bei über 2.000 selbständig handelnden Gemeinden in Bayern brauchen wir deshalb neue Strategien: Auf mehr Zusammenarbeit in der Beschaffung und ein umfassendes Informationsangebot müssen wir hinarbeiten, um mit festem Tritt durch

den Paragraphendschub des Vergaberechts zu kommen. Das war auch ein zentrales Ergebnis unserer Anhörung zur fairen Beschaffung im Sommer 2016. Eine zentrale Stelle muss unser Ziel sein, die sowohl dem Informationsbedarf der vielen kleinteiligen öffentlichen Behörden Rechnung trägt, als auch am Ende die vielen unterschiedlichen Beschaffungsbedürfnisse der tausenden bayerischen Verwaltungsstellen bündeln kann. Wir FREIE WÄHLER wollen keinen Zwang für die kommunale Selbstverwaltung, sondern ihnen im Gegenteil weitere Möglichkeiten für nachhaltiges Handeln verschaffen.

Aber damit erschöpft sich der Handlungsrahmen der Politik noch nicht. In den vergangenen Jahren war mir der faire Handel mit Textilien ein besonderes Anliegen. So machten wir FREIE WÄHLER uns etwa für bayernweite Informationskampagnen stark, um eine breite Teilnahme unserer bayerischen Textilbranche zu erreichen und auch die Zivilgesellschaft für das Thema zu sensibilisieren – so wie es die Staatsregierung mit viel Geld auch im Bereich der Außenhandelspolitik bei ihrer „TTIP-Roadshow“ unternahm. Die Regierungsmehrheit lehnte diesen für den fairen Handel wichtigen Vorstoß jedoch in gewohnter Weise ab. Diese Hürde ist deshalb bisweilen die größte Herausforderung in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit.

### Zukunft der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie

Angesichts der vielschichtigen Herausforderungen unserer Zeit muss Nachhaltigkeit eine Maxime guter Landespolitik sein. Es geht um den Klimawandel, unsere künftige Energieversorgung, den sorgsam Umgang mit unseren Ressourcen, Biodiversität und vieles mehr. Was die Staatsregierung vergessen oder bewusst nicht aufgenommen hat, sind soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe. Wir wären beim fairen Handel in Bayern schon ein gewaltiges Stück weiter, wenn diese Kriterien handlungsleitend verankert worden wären. Wichtig ist uns als FREIE WÄHLER, dass so ein grundlegendes Thema wie die Nachhaltigkeit nicht „par ordre du mufti“ in die politische Welt gesetzt wird, sondern ein umfassender zivilgesellschaftlicher Prozess dahinter steckt. Bisher verlief die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wenig transparent, so dass wir gar nicht ermitteln können, welche Prozesse hinter der Ausgestaltung stattfanden. Künftig kann durchaus das Umweltministerium die Federführung bei der Koordinierung beibehalten. Wichtig wäre aber, die relevanten zivilgesell-

schaftlichen Gruppen von Beginn an über einen Beirat oder eine Expertenkommission institutionell mit einzubinden.

#### Ausblick

Sie sehen, in der bayerischen Eine Welt-Politik gibt es noch zahlreiche Hausaufgaben zu erledigen. Vor dem Hintergrund unserer globalen Herausforderungen müssten wir eher gestern als heute damit begonnen haben. Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag erschweren es uns aber, substantielle Fortschritte zu machen. Dabei ist jeder Euro in diesem Bereich bestens investiert: Es ist meist immer die günstigere Variante, Probleme überhaupt nicht erst entstehen zu lassen und die Ursachen zu beseitigen, als im Nachgang teure Symptombehandlung zu betreiben. Das sollte unser gemeinsames Bestreben in der bayerischen Eine Welt-Arbeit sein.